

Ercheint wöchentl. 2 Mal
in Leipzig.
Bestellungen nehmen alle
Buchhandlungen und Buchhand-
lungen des In- und Aus-
landes an.
Für Leipzig nehmen Be-
stellungen an:
die Expedition, Hofstraße 4.
die Genossenschafts-
buchdruckerei, Zeitstraße 44.
A. Bebel, Peterstraße 18.
S. Müller, Bayerscherstraße
8b, III.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Stempel-
steuer 17 Sgr., für die übrigen
Deutschen Staaten 12 1/2 Sgr.
pro Quartal,
pro Monat 4 1/2 Sgr.
Für Leipzig und Umgegend
pro Quartal 13 Sgr.
Filial-Expeditionen für die Per-
tinenten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
via New York.
G. A. Pender,
155 W. Lake Chicago (Ill.)

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 88.

Sonnabend, 2. November.

1872.

Abonnements auf den „Volksstaat“

Für den Monat November zu 4 1/2 Neugroschen werden bei allen
sächsischen Postanstalten, für Leipzig bei der Expedition
Hofe Straße 4, wie in der Genossenschaftsbuchdruckerei Zeit-
straße 44, dann Peterstraße 18 und bei Colporteur Müller, für
die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen; für Volkmar-
sdorf, Reudnitz, Reuschönfeld u. bei D. Stelzer, Reudnitz,
Kapellengasse 11, 2 Tr., für Plagwitz und Lindenau u. bei
Weichert, Haus Nr. 9 in Plagwitz, für Sonnwitz u. bei
Teubner, Bornaische Straße 19, für Kleinschöcher und Um-
gegend bei Fleischer, Nr. 87 daselbst entgegengenommen.

Außerhalb Sachsens kann nur auf November und Dezem-
ber zugleich bei den Postanstalten abonniert werden.

Die Expedition des „Volksstaat“.

An die Mitglieder und Vertrauens- männer der sozialdemokratischen Arbeiter- partei.

Parteigenossen! Als wir uns in Nr. 83 des „Volksstaat“ an
Euch wandten, um zu zeigen, wie wir den Leitern des Allgemeinen
deutschen Arbeitervereins gegenüber gestellt sind, bezogen wir die
Hoffnung, daß das Präsidium genannten Vereins sich nicht mehr
länger hinter die Redaktion des „Neuen Sozialdemokrat“ ver-
stecken, sondern offen Stellung zu der uns feindlichen Berliner
Resolution nehmen werde. Dies ist nicht geschehen. Es wurde
von unserer Erklärung in Nr. 83 des „Volksstaat“ an betreffen-
der Stelle keine Notiz genommen und so sind wir denn in der
Lage, unsere Taktik, vor allem unsere Agitation nach außen, von
diesem mysteriösen Verhalten der Leiter des Allgemeinen deutschen
Arbeitervereins beeinflusst zu sehen. Fragen wir uns aber: was
ist die beste Antwort auf dieses seltsame Schweigen in Berlin? so
gibt es nur zwei Schritte zu thun. Entweder sehen wir unter
Guns Zustimmung ab von dem verhängnisvollen Beschlusse des Mainzer
Kongresses, von welchem der „Neue Sozialdemokrat“ nur spricht,
um damit seine Anfeindungen gegen unsere Partei zu beschönigen,
oder wir wirken mit Entschiedenheit darauf hin, daß durch ein
rasches Wachstum unserer Partei den Verheerungen des „Neuen
Sozialdemokrat“ und seiner Freunde ein starker Damm und somit
ein wirksames Beto entgegengekehrt wird.

Letzteres wird nicht nur das Beste sein, weil es ein Streben
für die Kräftigung und Ausbreitung unserer demokratischen Orga-
nisation in sich birgt, sondern auch, weil es die Propaganda für
unser sozialistisches Programm belebt, uns zwingt, den Boden
unserer Agitation von Tag zu Tag zu erweitern und den Kampf
gegen die Gleichgültigkeit der Massen sowohl um unserer Prinzipien,
als um unserer Parteizustand Willen allerorts nach Kräften zu
führen.

Parteigenossen, Jeder von Euch muß ein Agitator sein! Jeder
von Euch muß fühlen, daß wir nur Euren Einfluß gewinnen, wenn wir
hinanstreten in das Getriebe des Lebens, um dort die Saat
unserer Prinzipien nach allen Richtungen hin auszustreuen, und
um alsdann in steter Wachsamkeit das Aufkeimen dieser Saat zu
schützen. Die Mitgliedschaften müssen voll Selbstvertrauen sich
auflassen zu reger Tätigkeit, zu neuen Schritten, wo ihnen ihr
bislangiges Verhalten nicht genügend neue Freunde und Parteige-
nossen zugeführt hat. Durch den rechtzeitigen Wechsel in Anwen-
dung der Agitationsmittel wird allein der Erfolg gesichert. Dies
erwägt, berathet Euch darüber und handelt. Seht Euch mit uns,
dem Parteiauschuß, in ständige Verbindung; wenn es Euch hier
und da an ausreichenden Mitteln gebricht, theilt es uns mit, und
da, wo Ihr uns unsere Aufgabe erleichtern könnt, thut es im
Dienste des Ganzen. Guter Muth ist halbe Arbeit!

Wir erwarten, daß dieser Aufruf in allen Parteiblättern zum
Abdruck gelangt, sowie in einer jeden Mitgliedschaft zur Vorlesung
und Besprechung kommt. Möge er gute Früchte tragen.

Der Ausschuß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.
J. A. Ed. Frey.

Erklärung.

Als Antwort auf die uns von mehreren Seiten zugegangenen
Reklamationen wegen unserer Wiederaufnahme der Polemik mit
dem „Neuen“ halten wir uns verpflichtet, zu bemerken, daß wir
dies nicht bloß aus eigenem Antriebe gethan haben, sondern vor-
zugsweise gedrängt durch die Ansicht Derer, welche meinen, es gelte
jetzt, den Kampf bis aufs Aeußerste fortzuführen, mit Konzen-
tration aller Kräfte, um die sporadischen Scharmütteln endlich
einmal los zu werden. Diese Ansicht hat viel für sich; aber wir
meinen, daß unser Kampf nur dann von Erfolg sein kann, wenn
wir im Zentrum des Gegners, in Berlin, genügend durch agita-
torische Kräfte vertreten sein werden. Mögen die Parteigenossen
allerorts nur den Ausschuß in seinen darauf bezüglichen Be-
mühungen eifrig unterstützen; dann — darüber sind wir nicht
im Zweifel — wird die Sache endlich ihr gutes Ende nehmen.
Alle Agitationsmittel müssen — unseres Erachtens —
vor der Hand nur auf Berlin verwanzt werden; dort,
am Sitz des Präsidiums des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins
und des „Neuen“, muß erst den Irregelmäßigkeiten das Licht der Wahr-
heit aufgehen, ehe es anderswo besser gehen kann. Und in
Berlin beginnt es bereits zu tagen: die pöbelhafte Art und
Weise, mit der erst jeder am letzten Sonntag die öffentlichen

Parteiversammlung unserer Genossen von den Schweizerianern
gesprengt worden ist, hat viele aufrichtige Mitglieder des Allge-
meinen deutschen Arbeitervereins von ihren Führern abwendig ge-
macht, und jede weitere Gelegenheit, die man diesen giebt, sich vor
den Arbeitern zu kompromittiren, kann uns nur Nutzen bringen.
Die Helben der letzten Sonntagscampagne — A. Kapell, Finn,
Aurin, (Auch Du, Brutus? — siehe die Beilage). — haben
wieder einmal Unglaubliches geleistet, sich selbst sogar übertroffen.
(Bericht in nächster Nr.) — Unter solchen Umständen scheint uns
eine Veröhnung in mehr noch als weite Ferne gerückt. — Mögen
die Schuldigen die Schande ihrer Verbrechen lange überleben!
Leipzig, 30. Oktbr. Die Redaktion des Volksstaat.

Gegen die „Provinzialkorrespondenz“.

VII.

Wäre unser „Gewissenhafter“ den Gesetzen der gewöhnlichen
Logik unterworfen, so hätte er nach Aufzählung der Maßregeln,
durch welche die Deutschen Regierungen, namentlich die Preussische,
die soziale Frage bereits thatsächlich gelöst haben, seinen Artikel
schließen und höchstens noch anfügen müssen, daß Alles, was er
zu Anfang über bestehende soziale Mißstände, über Unzulänglichkeit
der Löhne zahlreicher Arbeiter u. gesagt hat, bloß poetische Frei-
heit und Redefigur gewesen sei, um die Verdienste der Regierun-
gen, namentlich der Preussischen, die diese, jetzt zum Glück bloß
imaginären Mißstände längst real gehoben haben, in ein desto
helleres Licht zu stellen. Allein die gewöhnliche Logik gilt für den
Patron der „Provinzialkorrespondenz“ eben so wenig, wie die ge-
wöhnliche Grammatik. Es fällt ihm plötzlich ein, daß er das
Programm für die angelegten „sozialen Konferenzen“ schreiben soll,
die „gegenstandslos“ wären, wenn keine soziale Frage existirte;
schlanthweg schreitet er heroisch zur Verkündigung des Wunders, daß
die Preussische Regierung darauf aus ist, in Zukunft die soziale
Frage zu lösen, welche sie, seiner eignen Darlegung gemäß, schon
in der Vergangenheit gelöst hat; und bläst so den belauteten,
von Erfahrung und Wissenschaft bisher für unumstößlich gehaltenen
Satz: „Dieselbe Handlung kann nicht zweimal began-
gen werden.“ mit Einem offiziellen Athembzug um. Doch ehe er
dieses „geniale“ Kunststück vollbringt, improvisirt der „Gewissen-
hafter“, offenbar um und hernach desto wirksamer zu überraschen,
eine kurze nationalökonomische Vorlesung, die er als Stieber be-
ginnt und als Faucher beendet: „Freilich haben verblendete
Arbeitermassen (Stieber hilf!) und ihre Wortführer (Stie-
ber hat geholfen und die unbequemsten schon hinter Schloß und
Riegel gebracht) viel weitergehende Forderungen an die Fürsorge
und Beihilfe des Staates gerichtet. (Forderungen an „Fürsorge
und Beihilfe!“ Es ist wahrhaftig Zeit, daß man in Preußen
neue „Schulregulative“ ausarbeitet!) Sie rufen das Einschreiten
der Behörden an, um ihre Ansprüche auf Verkürzung des Arbeits-
tages und Erhöhung des Arbeitslohns (wann und wo hat man
in Deutschland je vom Staat eine „Erhöhung des Arbeitslohns“
gefordert, „Gewissenhafter“?) durchzusetzen; sie wünschen, daß die
Staatsobrigkeit dahin wirke, ihnen neben ihrem Arbeitslohn auch
noch an dem Gewinn der gewerblichen Unternehmungen, für die
sie thätig sind, einen Antheil zu sichern; (wann und wo haben
Deutsche Arbeiter diese Forderung an die „Staatsobrigkeit“ ge-
richtet, „Gewissenhafter“?); sie verlangen endlich auch, daß der
Staat sein Vermögen oder seinen Kredit einsetze, um gewerbliche
Unternehmungen zu gründen, deren Gewinn den Arbeitern zufallen
soll. (Sehr unpräzise ausgedrückt, „Gewissenhafter“, aber wir wol-
len es Dir mit Rücksicht auf den „Schulmeister, der bei Königs-
grätz gesiegt hat“, passiren lassen.) Solchen Forderungen
gegenüber hat der Staat sich grundsätzlich ablehnend
verhalten müssen, weil dieselben über die Grenzen sei-
ner Befugnisse und seiner Aufgabe hinausgehen. (!!)
Es ist eine von allen (!!) Sachverständigen und erfahrenen
Männern anerkannte Wahrheit (Doh!), daß der Staat nur die
Privatthätigkeit lähmen (!!) und alle wirtschaftlichen Verhält-
nisse in tiefe Zerrüttung stürzen würde (!!), wenn er seine
Mittel und seinen Kredit für gewerbliche Unternehmungen im
großartigen (aber kleinartigen, „Gewissenhafter“?) Maßstab auf-
bietet, oder sich zu einem Eingriff in die Regelung der Preise
und Lohnsätze (!!) hergeben wollte.“ Halt, „Gewissenhafter“!
Länger reicht menschliche Geduld nicht. Zunächst sei Dir bedeutet,
daß Seitens der Sozialdemokratie, gegen die Du hier beklamirst,
nie von einem „Eingriff (des Staates) in die Regelung der
Preise und Lohnsätze“ die Rede gewesen ist. Die Sozialisten
erstreben die genossenschaftliche Organisation der Gesamt-Produk-
tion und -Consumtion im Staat und durch den Staat, eine Or-
ganisation, welche eine besondere Regelung der „Preise“ überflüssig
macht, und die Aufhebung der Lohnarbeit, also selbstverständ-
lich auch der „Lohnsätze“ einschließt. Begreifen, „Gewissenhaf-
ter“? Und was Deinen sonstigen Gallimathias betrifft, so möge
Einer Deiner Collegen ihn abthun. Von Fremdenhand schmerzt
weniger. Im 11. Heft des „bestgeiminten“ Blattes in Preußen,
der „Berliner Revue“, vom 14. September d. J. schreibt ein
jungerlicher Heißsporn bei Besprechung des Artikels der „Provin-
zialkorrespondenz“:

„Der Artikel ist von einem Anhänger (?) der Manchester-
schule, aber selbst nicht im Sinne dieser Schule verfaßt, geschrie-
ben, sondern verräth in jedem Absatz den nationalökonomischen
Faen, welcher sich nicht einmal der Tragweite seiner
Ausdrücke bewußt ist.“
Das enfant terrible der „Revue“ zitiert hierauf die oben ab-
gedruckte Tirade der „Provinzialkorrespondenz“ und bemerkt zu
dem Satz, daß „der Staat seine Mittel und seinen Kredit nicht

für gewerbliche Unternehmungen im großartigen Maßstabe auf-
bieten könne“:

„Wollen wir vielleicht Hrn. Stephan pensioniren, und
die Post an Bleichröder verkaufen? Obant man Hrn. von
Selsow nicht einmal mehr die Ernennung der Geschäftsbirek-
toren, und will Graf Ipenplig seine telegraphischen Be-
fehle durch Vermittlung des Drahts Cohn u. Comp. in die Welt
senden? Diese Probe genügt, zu beweisen, daß jener Herr
sich der Tragweite seiner Ausdrücke nicht bewußt ge-
wesen, und somit ist ein Streiten mit ihm ganz über-
flüssig.“

An Deutlichkeit und — Offenheit, das muß man gestehen, läßt
diese Sprache nichts zu wünschen übrig. In einem sozialdemokra-
tischen Blatt würde sie sogar „groß“ und „roh“ sein. Ein jun-
kerliches Blatt kann aber nicht „groß“ und nicht „roh“ sein, höch-
stens „derb“. Doch „groß“ und „roh“, oder „derb“ — was zu
arg ist, ist zu arg, und es ist zu arg, daß das nationalökonomi-
sche Orakel eines der beiden vornehmsten amtlich-n Organe der
königlich Preussischen Staatsregierung von der Thatsache keine
Kenntniß hat, daß die königlich Preussische Staatsregierung —
gleich allen anderen Staatsregierungen — schon jetzt „die Mittel
und den Kredit des Staates für gewerbliche Unternehmungen im
großartigen Maßstab (Post, Telegraphen, Eisenbahnen und son-
stige öffentliche Bauten, Bestände u.) aufbietet.“ Oder hatte un-
ser „Gewissenhafter“ Kenntniß von dieser Thatsache, und meinte
er bloß solche „gewerbliche Unternehmungen“, deren Gewinn
den Arbeitern zufallen soll? Das wäre ja noch schlimmer
für ihn; denn das hieße einfach erklären: der Staat, spezialisiert
der heutige königlich Preussische Staat (nebst den übrigen Deutsche-
Staatsabhängigen) hat zwar die „Befugnisse“ und die „Aufgabe“,
„gewerbliche Unternehmungen im großartigen Maßstabe“ zu orga-
nisiren, aber nur unter der Bedingung, daß es nicht zum
Vorteil der Arbeiter geschieht; mit andern Worten: die
Arbeiter haben nicht an der wohlbestellten Tafel des Staates zu
sitzen, sondern, als demüthiger Aschenbrodel in der Erde hockend
sich mit dem Brotsamen zu begnügen, welche die übermüthigen
Schwelger der herrschenden Klassen ihnen in verachtungsvollen
Mitteln, wie Hundens, zuwerfen.

„Aber“, könnte der „Gewissenhafter“ uns hier einwenden, „etwas
so Abscheuliches ist mir nie in den Sinn gekommen; der Staat
ist allerdings für den Arbeiter ebenso gut da, wie für die anderen
Klassen; das bestreite ich nicht; ich stimme sogar mit den Sozial-
demokraten darin überein, daß der Staat kein „Klassenstaat“ sein
nicht den Sonderinteressen einer einzelnen Klasse dienen soll. Aber
gerade, weil ich keinen Klassenstaat will, muß ich es bekämpfen
daß der Staat für die Arbeiter, als Klasse, ein besonderes Würdigen
brute, und den Klasseninteressen der Arbeiterklasse diene. Ich bin
nur konsequenter als Ihr Sozialdemokrat! Ihr wollt nicht den
Klassenstaat der besitzenden Klassen! Ich will überhaupt keinen
Klassenstaat, weder den der Besitzenden, noch den der Nichtbe-
sitzenden!“

Der Einwand hat auf den ersten Blick etwas Bestechendes
es ist indeß nur das Bestechende der Seifenblase, die zerplatzt, so
bald man sie anrührt. Unsere Antwort kann sehr kurz sein:

Den Klassenstaat wollen wir freilich nicht; wir wollen nicht
daß der Staat zum Sonderwohl irgend einer Klasse aus-
genutzt werde, der arbeitenden so wenig als der nichtarbeitenden
Klassen, und wir weisen energisch die mit allen unseren Grund-
sätzen im Widerspruch stehende, durch sie folglich schon widerlegt
Anlage zurück, wir streben die Klassenherrschschaft der Arbeiter an.
Wenn wir vom Staat verlangen, daß er die Bildung von Ar-
beiter-Assoziationen in die Hand nehme und fördere, so verlangen
wir damit keine Maßregel im ausschließlichen und deshalb unde-
rechtigen Sonderinteresse einer Klasse, sondern eine, vor
der Humanität gebotene Maßregel im allgemeinen Ge-
sellschafts- und Staatsinteresse. Die Verpflichtung des
Staats (direkt oder durch die Gemeinden), für die Rothleidenden
zu sorgen, wird, mit Ausnahme einiger freihändlerischer Bajazzo
(die sich zum Theil selber dafür halten, wie z. B. Freund Fa-
ucher) von keinem Menschen bestritten, und ist, sogar in den bar-
barischen Zeiten des Mittelalters nicht bestritten worden; die
Verpflichtung erlischt aber doch wahrhaftig nicht dadurch, daß die
Roth massenhaft antritt, und bei einer großen Anzahl von
Individuen aus der nemlichen Quelle entspringt. Im Ge-
gentheil, die Verpflichtung wird dadurch nur um so gebieterischer
gilt um so zwingender. Was würde man, selbst nach den heut-
zeitigen Vorstellungen, von einer Staatsregierung sagen, die
nach einem Mißwachs, nach Ueberschwemmungen und sonstigen
Naturkatastrophen sich weigern wollte, für die Bewohner der
betroffenen Landstriche mit allen Staatsmitteln einzustehen? Ma-
würde die Regierung einstimmig verurtheilen, und sie st
unwürdig erklären, ihr Amt noch weiter zu verwalten. Und sie
es ihr bei, das Interesse der Bewohner dieser Landstriche von den
Interesse der übrigen Staatsbürger zu trennen und zu behaupten
was nicht alle Staatsbürger direkt angehe, könne nicht Staats-
sache sein, der Staat dürfe die Mittel und den Kredit des Staates
das heißt der Gesamtheit, nicht im „Sonderinteresse“ eines
Theils der Staatsbürger anwenden, so würde man dieser ein-
bezigen und pflichtvergeßenen Regierung zurufen: Der Staat ist
die organische Gemeinschaft aller ihn bildenden Individuen; er
gründet sich auf die Einsicht, daß der Mensch als isolirtes In-
dividuum nur ein Raubthierleben führen kann, in hoffnungslosen
Kampf mit der Natur, die der Anstrengungen des Einzelnen spot-
tet, und in beständigem Krieg mit seinen Mitmenschen, den Schwä-
cheren todtschlagend oder zum Lastthier machend, vom Stärkeren
todtschlagend oder zum Lastthier gemacht; und daß der Mensch
erst Mensch werden kann im gesellschaftlichen, solidari-

den Zusammenleben mit seinen Mitmenschen. Dieser Einsicht entspringen, hat der Staat zum Zweck:

Durch die Vereinigung Aller die möglichst hohe menschliche Entwicklung jedes Einzelnen herbeizuführen; die Kräfte Aller für das Wohl des Einzelnen einzusetzen!

Und zwar sie einzusetzen im Interesse des Einzelnen und im Interesse Aller. Denn gleich jedem anderen Organismus leidet der ganze Staat, wenn ein seiner Glieder leidet. Und wie der Staat Schaden trifft, wenn ein seiner Glieder, und wäre es das scheinbar unbedeutendste, leidet, so trifft ihn auch die Schuld, wenn ein seiner Glieder, das bei vernünftiger Pflege gesund erhalten und gerettet worden wäre, erkrankt und zu Grunde geht. Einer für Alle, Alle für Einen: das ist die wahre Staatsraison, von der leider in Praxi bisher bloß die zweite Hälfte mit Konsequenz befolgt worden ist. Die Regierung, welche, wo es in ihrer Macht liegt, zu helfen, einen einzigen Menschen verkommen, im Elend sterben läßt, steht als Mörderin da vor dem Richterstuhl der Menschheit.

Kurz, der Staat hat die Pflicht, mit allen Staatsmitteln jedem Einzelnen zu helfen; und jeder Staatsbürger hat das Recht, von dem Staat Hilfe mit allen Staatsmitteln zu verlangen. Natürlich, Keiner in größerem Umfang als der Andere; jedes Mehr und jedes Weniger der Staatshilfe widerspricht der Gerechtigkeit, die ohne Gleichheit ein leerer Name ist.

Wenn nun aber der Staat bei Ueberschneidungen, Miswachs und anderen durch die Elemente der äußeren Natur herbeigeführten Kalamitäten, unbefreitbar und, so viel uns bekannt, unbefreitbar ist, um wie viel mehr ist er zur Unterstützung verpflichtet, wo das Unglück sich nicht als Folge äußerer, unkontrollirbarer Ursachen, sondern als das notwendige Produkt der von einander untrennbaren gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse, also als die Folge der mangelhaften Staats- und Gesellschaftsrichtungen darstellt, welche zu bessern in unserer Macht steht, und für deren Mangelhaftigkeit wir, d. h. Staat und Gesellschaft, daher verantwortlich sind? Es springt dies so evident in die Augen, daß nur böser Wille es ablenken kann.

Also: nicht ein Privileg für die Arbeiter fordern wir, sondern ihr gutes Recht. Wir fordern es im Namen der Humanität, welche die Unterstützung des leidenden Mitmenschen heißt; wir fordern es im Namen der Arbeiter, die an den Staat, der ihnen in erster Linie sein Dasein verdankt, und sie zum Lohn dem Elend überliefert hat, einen doppelten Anspruch auf Unterstützung haben, ja einen dreifachen: als Menschen; als Schöpfer des gesellschaftlichen Reichthums, welcher die Basis des Staats ist; und als Opfer des Staats, der die kapitalistische Ausbeutungs-Produktion, weit entfernt, den Arbeiter gegen sie zu beschützen, durch Gesetz sanktionirt, planmäßig begünstigt, und somit die elende Lage, in der die Arbeiterklasse sich befindet, direkt und indirekt, durch Unterlassungs- und Begehungsünden wesentlich verschuldet hat.

Und endlich fordern wir das Recht des Arbeiters im Interesse der Allgemeinheit, die nicht zu gesundem Leben, nicht zur Ruhe gelangen kann, so lange die wichtigste, die einzige unentbehrliche Klasse in Staat und Gesellschaft, keines menschenwürdigen Looses theilhaftig ist.

Genug. Wir wollen und nicht erheben. Unser „Gewissenhafter“ könnte sonst glauben, wir seien ihm „auf den Leim gegangen“ und hätten seine Phrasen für baare (wenn auch schlechte) Münze genommen, die doch nur — Bogelleim sind, um Sumpel zu fangen. Unser „Gewissenhafter“ weiß so gut wie wir, daß der Staat die Verpflichtung hat, die soziale Frage zu lösen — er hat es in seinem Artikel ausdrücklich anerkannt; er weiß so gut wie wir, daß die Lösung der sozialen Frage im Interesse des Staats liegt; er weiß so gut wie wir, daß der Staat schon heute zum allgemeinen Besten „großartige industrielle Unternehmungen“ betreibt, die in den Händen von Privatunternehmern ihren gemeinnützigen Charakter verlieren würden; er weiß so gut wie wir, daß der Staat anderen Klassen der Gesellschaft (der Bourgeoisie und dem Adel) wiederholt „Staats-hülfe“ im ausgedehntesten Sinne des Wortes hat angedeihen lassen; er weiß so gut wie wir, daß die Befreiung unserer Bauern von der feudalen Leibeigenschaft vermittelt Staats-hülfe bewerkstelligt worden ist.

Kurz, er weiß so gut wie wir, daß Theorie und Praxis auf Seite der Arbeiter sind; und wenn er sich in die Handwurst-jade der Manchesterbazasos steckt, so geschieht das nur, um die anrüchliche Figur des 15 Häufer besitzenden patentirten königlich preussischen Gesellschaftsdirektors Stieber zu verbergen. Herr Meyer von der „Berliner Revue“ thut ihm darum auch entschieden Unrecht mit dem Vorwurf der Ignoranz in nationalökonomischen Dingen; er ist das Opfer eines ergötlichen Quid pro quo,*) einer auf Andere berechneten Mystifikation: der „gewissenhafte“ Tintenfisch der „Provinzialkorrespondenz“ verprigt seine Tinte, nicht um Heiligkeit zu verbreiten, sondern um die Wasser zu trüben — und daß Herr Meyer von der „Berliner Revue“ die Absicht nicht merkt und „verstimmt“ wird, weil er in dem vermeintlichen Manchestermann seinen Freund, Lehrer und Vorgesetzten Wagerer nicht erkennt, das ist der glänzendste Beweis für die Geschicklichkeit unseres Tintenfisches, der die Manchester- und Rathsozialisten-Phrasen als Hülle für sein Programm zur Lösung der sozialen Frage braucht, das heißt als Hülle für seinen — Stieber.

Bom Wunder des irvingianischen Exempels*) das nächste Mal!

Ueber sächsische Zustände

lesen wir in verschiedenen Blättern folgendes: „In den „Chemnitzer Nachrichten“ theilt jemand verschiedene Urtheile mit, welche er aus Anlaß der Verhaftung des Redakteurs des „Volkstaat“, Hefner, bei seiner Rückkehr von den Kongressen zu Mainz und im Haag über diese Verhaftung und das ihr zu Grunde liegende Polizeiverbot in einer Gesellschaft thüringischer und preussischer Juristen, wo die Nachricht zur Sprache kam, habe hören müssen. Zuörderst wurde ausgeführt, wie sehr es dem Begriffe des Rechtsstaats zuwiderlaufe, wenn man einem Polizeibeamten erlaube, verartige Verbote von solcher Bedeutung zu erlassen. Dadurch werde eine ganz besondere polizeiliche Strafgesetzgebung neben der Reichsgesetzgebung etablirt. Die Folgen seien ersichtlich. Das ein Polizeiamt bedrohe etwas mit Strafe, was von dem andern

für strafflos erklärt werde. Eine Verwirrung der Ansichten werde dadurch herbeigeführt, die den gesetzlichen Sinn unmöglich stärken könne. Indessen sah man hierin nicht den größten Widerspruch mit dem Begriffe des Rechtsstaats. Vielmehr wurde die Thatsache kritisiert, daß das Polizeiamt nicht nur Gesetzgeber, sondern auch Ankläger und Richter in Einer Person, nach Lage der sächsischen Gesetzgebung sein könne. Wenn in anderen deutschen Staaten ein Polizeiverbot überschritten werde, so könne der Ange-schuldigte gegen die Polizeistrafe Berufung an eine richterliche Behörde einlegen. In Leipzig erkenne das Polizeiamt selbst als richterliche Behörde. Und um diesem ganzen Verfahren einen dem entsprechenden Abschluß zu geben, ist nicht eine richterliche Behörde, sondern die Königliche Kreisdirektion, also wiederum eine Verwaltungsbehörde, die zweite oder sogenannte Appell- (Berufungs-) Instanz. Die Thatsache, auf welcher die Auflage beruhe, entziehe sich also bei dieser Lage der Gesetzgebung — denn daß das Leipziger Polizeiamt formell im Rechte war (?) d. h. nur von den ihm durch die Gesetzgebung verliehenen Befugnissen Gebrauch machte, bezweifelt niemand (?) —, der Cognition einer richterlichen Behörde. — Diese Bemerkungen, schreibt dazu die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, verdienen jedenfalls Beachtung. Wenn dem sächsischen Landtage ein Vorwurf daraus gemacht wird, daß er noch nichts gethan, „um eine derartige Gesetzgebung zu beseitigen“, so glaubt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ dagegen bemerken zu müssen, daß eben jetzt den sächsischen Kammern ein Gesetzentwurf vorliegt, der die Polizeistrafgewalt den Gerichten überweist und in der Herbst-session erledigt werden wird; 2) daß auch die Frage, ob und wie weit neben der Reichsstrafgesetzgebung noch besondere Strafbestimmungen im Einzelstaate zulässig sind (eine bekanntlich noch keineswegs abgethane Frage) ebenfalls der ständischen Cognition auf Grund eines besonderen Vorganges in Sachen unterliegt; 3) daß das hier zunächst in Frage kommende Leipziger Polizeiverbot gegen die Theilnahme an den Kongressen(?) im Haag und in Mainz zu einer Zeit erlassen ward, wo die Kammern nicht beisammen waren, wo also von diesen aus nichts dagegen geschehen konnte, auch wenn wirklich darin eine Ausdehnung selbst nach Maßgabe der bestehenden Gesetzgebung lag. — Wir meinen, fügt die „Frankfurter Zeitung“ hinzu, die sächsischen Polizeibehörden hätten sich auch zu der Zeit, als die Kammern beisammen waren, Dinge erlaubt, die nicht nur nicht mit dem bestehenden Gesetze in Einklang zu bringen waren, sondern auch keinem Lande zur Ehre gereichen und von keiner Volksvertretung, die ihre Pflichten kennt, übersehen werden dürften.“

Und wir fügen dieser Auslassung der „Frankfurter Zeitung“ hinzu, daß seit zwei Jahren ein großer Theil der sächsischen Polizeibehörden sich gegen die Sozialdemokratie Dinge zu Schulden hat kommen lassen, die jedes anständige, „liberal“ sein wollende Blatt mit Entrüstung hätten erfüllen müssen. Obgleich nun die sozialdemokratische Presse in Sachen gewissenhaft alle diese unerhörten Vorfälle registrierte, hat die gesammte „liberale“ Presse Sachsens, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Organ des Landtagsabgeordneten Prof. Biedermann, voran, immer systematisch geschwiegen und damit stillschweigend ihre Billigung ausgesprochen.

Noch mehr: die Sozialdemokraten hatten im Laufe dieses Frühjahres eine Denkschrift dem sächsischen Landtag unterbreitet, worin ein langes Sündenregister sächsischer Behörden in nichts zu wünschen übrig lassender Deutlichkeit bloßgelegt war. Man hat aber weder von Seiten des sächsischen Landtags von jener Eingabe Notiz genommen, noch hat es die liberale Presse der Mühe werth erachtet, auch nur mit einem Wort dieselben zu erwähnen. Deutlicher kann man wohl nicht seine Gesinnung offenbaren.

Seit Einreichung jener Denkschrift ist ein halbes Jahr verstrichen, aber in dieser kurzen Zeit haben sich die Verfolgungssakte sächsischer Behörden gegen die Sozialdemokratie ins Riesenhafte gehäuft. Die „liberale“ Presse hatte es in der Hand, diese Maßregelungen zum größten Theil zu verhüten, wenn sie wirklich gewollt hätte, allein sie schwieg nicht nur, sondern Blätter, wie z. B. das „Hildesheimer Anzeiger“, das notorisch unter dem Einflusse des Vicepräsidenten der 2. sächsischen Kammer, Bürgermeister Streit steht, haben die Maßregelungen gebilligt und die Regierung sogar zum Erlaß von Ausnahmegesetzen aufgefordert.

Die Scham- und Charakterlosigkeit der „liberalen“ Presse findet nur annähernd ihr Gegenstück in dem Verhalten der reaktionären Presse zu Anfang der fünfziger Jahre. Wir sagen ausdrücklich „annähernd“, denn die Presse, die damals zur Verfolgung aller halbwegs freien Ideen aufforderte, war reaktionär und nahm nie Anstand, das zu erklären. Dann aber geschah diese Verfolgung in einer Periode, wo die Gemüther nach einer niedererschlagenen Revolution aufs ängstlichste erbittert waren. Jetzt aber in normal sich entwickelnden Verhältnissen ist es die „liberale“, damals verfolgte Partei, welche mit der Reaktion Hand in Hand geht, aber an Niedertracht und Gehässigkeit gegen die Sozialdemokratie die Reaktion noch übertrifft.

Wäre gegen die liberale Bewegung der sechziger Jahre nur der hundertste Theil der Verfolgungen, welche jetzt die sächsische Regierung und ihre Behörden gegen die Sozialdemokratie in Scene setz, ausgeübt worden, die liberalen Blätter Sachsens und ganz Deutschlands hätten unisono die Parntrommel gerührt und die Regierung bis in den tiefsten Pfuhl der Hölle verdammt. Aber gegen die Verfolgung unserer Partei auch nur ein Fünkchen Gerechtigkeit walten zu lassen — ja, Vater, das ist etwas anderes.

Nachdem Obiges geschrieben, berichtet der thüringische Correspondent der Berliner „Volkzeitung“, daß ihm vor einigen Tagen aus sicherer Quelle die Nachricht zugekommen sei, der Abgeordnete Ludwig werde im sächsischen Landtag das Verfahren des Polizeidirektors Rüder gegen Hefner zur Sprache bringen. Recht schön das, wenn endlich das Schamgefühl wenigstens einen Liberalen veranlaßt, einen Fall im Landtag zur Sprache zu bringen, welcher beweist, daß das Phrasengebilde vom „Rechtsstaat“, in dem wir leben sollen, dreister Schwindel ist, den man dem Volke vormacht. Wir erwarten aber, daß man sich nicht begnügt, diesen einen Fall der Kritik zu unterziehen, sondern auch das halbe Duzend ähnlicher Fälle, die gegen den Leipziger Polizeidirektor vorliegen und ihm eine nicht beneidenswerthe Berühmtheit verschafft haben. So z. B. die Strafverhängung von 6 Tagen Gefängniß und darauf folgende Ausweisung Muths, weil dieser einige dem Polizeidirektor missfallende Bemerkungen gemacht. Der Polizeidirektor war in allen diesen Fällen Gesetzgeber, Ankläger und Richter in Einer Person, ein Verfahren, das, außer in Sachsen, in ganz Europa nur noch — in Rußland möglich ist.

Ein zweiter Fall ist die Ausweisung des in seinem eignen Vaterlande von Ort zu Ort wie ein wildes Thier gehegten Ufert, den Herr Rüder auswies, obgleich Ufert in keiner einzigen Leipziger Verammlung je ein Wort öffentlich gesprochen. Es genügt Herrn Rüder, daß Ufert in Wittweida wegen eines politischen Vergehens zu einigen Monaten Gefängniß verurtheilt war.

Die deutsche Freizügigkeit ist für die Sozialdemokratie zur deutschen Zwangs-zügigkeit geworden; da darf es wohl nicht Wunder

nehmen, wenn die Sozialdemokraten auf solch ein Vaterland „pfeifen“.

Endlich erwarten wir, daß Herr Ludwig und seine „liberalen“ Freunde auch jene Hunderte von Verfolgungen und Nörgeleien aller Art, welche die Sozialdemokratie durch die sächsischen Polizeibehörden — die „liberalen“ städtischen allerdings voran — ausgeübt gewesen ist und noch ist, einmal zur Sprache bringen, damit sie wenigstens den Schein von Volksvertretern wahren.)

Politische Uebersicht.

Zur Naturgeschichte des preussischen Parlamentarismus und des Richterstandes. Im Frankfurter „Beobachter“ finden wir die nachfolgende Mittheilung:

Angerburg (in Ostpreußen), 17. Okt. Die vielberühmte Affaire Salmuth, welche seiner Zeit großes Aufsehen in weiten Kreisen erregte, macht wieder einmal von sich reden. Der Held derselben, der hiesige Landrath v. Salmuth hatte, wie von Vätern des hiesigen Kreises behauptet wurde, sich der Theilnahme und Begünstigung von sehr vielen Wahlschlüssen schuldig gemacht, die bei einer Reichstagswahl vom Lehrer Brosie verübt waren. Der Proceß gegen diese Wahl wurde vom Reichstag geprüft und für Recht gefunden. Der Landrath, welcher durch Vertheilung dieser Falschungen sich eines Amtsvergehens schuldig machte, das vom Gesetze mit einer Fuchtausstrafe bis zu 5 Jahren geahndet wird, wurde auf Antrag des Reichstags in Anklagestand versetzt, das Appellationsgericht zu Insterburg fand aber seine Schuld an dem Manne, und die Anklage fiel. Nun kam die Affaire neuerdings abermals zur richterlichen Cognition auf einem Umwege. Oud-destcher Contag, der in die Einschickungskommission für die Entkommenen-Freier gewählt worden war, lebte auf dem Kreistage in Mähringen öffentlich diese Ehre als mit seiner persönlichen unverträglich ab, indem er erklärte, nichts mit einem Manne wie Salmuth zu thun haben zu wollen, und dies mit dem Hinweise auf obigen Fall motivierte. Natürlich ward er wegen Verläumdung und Beleidigung des Salmuth angeklagt. In der unlangst dieserhalb stattgefundenen Gerichtsverhandlung wurde Contag aber freigesprochen, weil er den Beweis der Wahrheit seiner Behauptung bis zur Evidenz erbrachte. Der vom Gerichte außer Verfolgung gesetzte Landrath ist nun moralisch mit dem vollen Mafel desselben behaftet, was die abgewiesene Anklage ihm zu Last legte und noch ruhmig in seinem Dienste. Was die Regierung in diesem Falle thun wird, ist noch unbekannt.

Jeder Commentar ist überflüssig; ja würde nur abschwächen, und hätte außerdem für die Redaktion des „Volkstaat“ den Nachtheil, ihr einen Proceß zuzuziehen; Schreibfreiheit, welche das alte Römische Kaiserreich selbst zur Zeit der toll entwickelten Cäsaren-wirtschaft einem Tacitus erlaubte, gilt beim neuen deutschen Kaiserreich für Majestäts- und Beamtenbeleidigung, Herabwürdigung der Staatsrichtungen etc. Einzuweilen haben wir aber an Proceßes genug, und der Tacitus unserer Cäsarenwirtschaft wird ja wohl auch nicht ausbleiben, — trotz der „unabhängigen“ deutschen Richter. —

In die „Frankfurter Zeitung“ hat sich folgende Blasphemie des Kapitals verirrt:

Brüssel, 26. Oct. Der in der „Gote libre“ vom 24. d. M. veröffentlichte Jahresbericht über die Aktiengesellschaft „John Coderill“ zum Betriebe von Eisenwerken, welcher in der Generalversammlung vom 23. d. M. erstattet worden ist, enthält in seiner Ausführlichkeit verschiedene Angaben von sozialem Interesse. Es sind darin gegenwärtig 8556 Arbeiter beschäftigt, welche in Summa an Lohn 8 1/2 Millionen Franken für das Jahr empfangen haben. Der durchschnittliche Arbeitslohn beträgt daher etwa 985 Franks per Kopf. Der zur Vertheilung kommende Gewinn beträgt 1 1/2 Millionen (10 pSt. auf ein Aktienkapital von 15 Millionen) für die Aktienhaber: dazu 157,000 Franken an Verwaltungsräthe und in den Reservefond. Würde diese ganze Summe von 1,657,000 Franken ohne jeden Abzug für Kapitalzins auf die Arbeiter vertheilt, so würde deren Lohn um etwa 175 Franken oder 40 Thaler per Kopf jährlich mehr betragen; d. h., mit anderen Worten: würde das Eigenthum dieser Werke ohne jeden Entgelt den darin beschäftigten Arbeitern übertragen, so würden dieselben um 40 Thaler jährlich besser gestellt sein! — Derartige Veröffentlichungen sind leider seltener, als sie im Interesse nützlicher Belehrung zu wünschen wären.

985 und 175 Franks sind 1160 Franks = (9280 Sgr.) 309 1/2 Thlr., — eine Binzigtheil, die beweist, daß die Eisenwerke der fraglichen Aktiengesellschaft bis dato nicht so betrieben werden, wie sie im sozialistischen Staate betrieben werden müßten, um den Arbeitern ein angemessenes Auskommen zu gewähren. — Man hat so oft von antisozialistischer Seite an den Geschäftsberichten großer Unternehmungen darzutun versucht, daß, selbst wenn der bisherige Kapitalgewinn unter die Masse der Arbeiter des betreffenden Geschäfts vertheilt würde, diese doch noch immer unvermögende Leute mit geringem Einkommen bleiben würden. Unter der heutigen Produktionsweise allerdings. Diese ist so planlos, daß auch die heut bestehenden sozialistischen Arbeiterproduktivgenossenschaften nur geringen Segen für die an ihnen Theilhabenden abwerfen können. —

Aus dem „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte“. Drei Zeitungsinsertate:

1) Aus einem süddeutschen bürgerlich-demokratischen Blatt: „Nur für Herren! 10 starke Bände, nicht Heft, pikantester Lektüre versendet gegen 2 Thlr. Nachnahme oder franco das Literatur-Bureau in Leipzig.“

2) Aus dem „Kladderadatsch“: „Für Damen werden nach Angabe des Wunsch Gegenstände aus Gummi unter tiefster Diskretion besorgt. Bestellungen sub B. 240 poste restante Berlin. Post-Expedition Nr. 13 erbeten.“

3) Aus der „Kölnischen Zeitung“ vom 14. September 1872, 3. Blatt: „Höchst pikant und amüsan!!! Schweigel's Reiseabenteuer nach und in Paris, mit prachtvollen künstlerischen pikanten Abbildungen, sauber cartomirt, Quart, Preis nur 25 Sgr. — Die weiblichen Reize, physiologisch, psychologisch und ästhetisch geschildert von Dr. Laubes. Mit vielen Abbildungen. Preis 1 Thlr. Obige Werke versende ich gut verpackt, zoll- und steuerfrei gegen Einsendung oder Nachnahme des Betrags. Auch nehme Franko-Marken in Zahlung. — So eben erschien mein neuester Catalog seltener Curiositäten der deutschen und französischen Literatur und bitte franco und gratis zu verlangen. Demmy Glogau, Buchhändler, Hamburg, vis-a-vis dem Opernhause. Erstes Geschäft in Hamburg, bestehend seit 1. März 1840.“

Würde Solches in dem „sittenlosen“ Frankreich oder in dem „in Materialismus versunkenen“ England gedruckt, so würde das betreffende Blatt wegen Vergehen gegen die öffentliche Sittlichkeit kriminell bestraft werden. Bei uns aber genirt sich nicht einmal die „so höchst respectable“ „Kölnische Zeitung“, dergleichen zu veröffentlichten. —

Die Blätter berichten: „Die französische Liquidationskommission für die Kriegskosten hat ihre Arbeiten in Bezug auf die Vogelarmee jetzt vollendet. Man erinnert sich, wie gerade dieser Armee und insbesondere den Garibaldiern die schmachlichsten Verschleuderungen und Unterschleife zur Last gelegt wurden. Nun, diese Gerüchte haben sich jetzt eklatant als Verleumdungen erwiesen: die ganze Armee hat nicht mehr als 12 Millionen Frs. (3,200,000 Thlr.)

*) Quid pro quo — Verwechslung, unbeabsichtigte Fopperie.
**) Herr Wagerer, Bismarcks „Mädchen für Alles“ im „sozialen“ Departement, — und neuerdings zum „vortragenden Rath“ bei Kaiser Wilhelm avancirt — gehöret der (Mutter-)Seite der „Irvingianer“ an unter denen er den Rang eines „Erzengels“ einnimmt — wir wissen nicht ob mit oder ohne Vollenstengel.

Unkosten gemacht und ein großer Theil der Garibaldiner hat so gar bei der Entlassung auf seine Goldforderung verzichtet. In keiner von sämmtlichen französischen Armeen haben sich so wenig Unregelmäßigkeiten im Rechnungsfache herausgestellt.“

Julius der Honigsüße — Julius Simon nämlich, der französische Rührer im Kultusfache — (über dessen Aposiastie in Nr. 53 u. 58 des Jahrgangs 1871, No. 1 u. 9 des Jahrgangs 1872 die Rede gewesen), hat abermals ein Proßchen seiner Regierungslust gegeben: Als einer seiner ehemaligen Freunde, dessen Theaterstück (und zwar ein recht harmloses) von dem Pariser Kommandanten Ladmiraunt verboten wurde, sich bei ihm darüber beschwerte unter Hinweisung auf eine Rede, die er, Jules Simon, einst für Abschaffung der Censur gehalten hatte, erwiderte Seine Erhellung von Thiers' Gnaden: er könne in der Sache nichts thun; eben weil er gegen jede Censur sei, wolle er gar kein Urtheil über das fragliche Theaterstück abgeben, gleichviel ob dasselbe verwerflich sei oder nicht; würde er, in der Meinung, daß das Stück nichts Unverlaubtes enthalte, beim Kommandanten die Freigebung befürworten, so müßte er sein „Prinzip“ überhaupt keine Censur auszuüben, verlegen! Also der Sophist!

Kurze Zeit darauf (unterm 24. Okt.) berichtet aber Herr Seingueriet in der „Frankfurter Zeitung“ Folgendes:

„In den ersten Jahren des Kaiserreichs wurden die öffentlichen Vorträge hier sehr Sittig, sie erhielten doch einigermaßen die Vereinfachung welche vorliegt war. Auch jetzt, unter der Republik, nöthigt dieselbe Beschränkung in denselben Ausnahmismittel. Da wir, unter dem Belagerungszustande lebend, keine öffentlichen Erörterungen anstellen dürfen über die Mittel und Wege, durch welche Frankreich sich von seinem Falle wieder erheben kann, so hat ein Kreis politischer Männer das Programm für eine Reihenfolge von Vorträgen aufgestellt, in denen die politischen und sozialen Fragen behandelt werden sollen. Das war vorher notwendig, denn, wie ich mit einiger Verlegenheit bemerken muß, auch mit den Formalitäten, die bei solchem Vorhaben zu beobachten sind, ist es in der Republik gerade so gediegen wie unter dem Kaiserreich: es bedarf für diese Vorträge einer vorherigen Genehmigung des Kultusministers. Freilich, darauf war man nicht gefaßt, daß Hr. Jules Simon, der selbst so viel bittere Erfahrungen auf diesem Felde früher gemacht, nun auch noch ernsthafte Schwierigkeiten bereiten würde. Und dennoch ist es geschehen, daß in der Liste von 37 Vortragenden, Herr Jules Simon nicht weniger als 30 Namen gestrichen hat, ohne auch nur eine Spur von Gründen für seine Willkür anzugeben, ebensowenig unter den gestrichenen Vorträgen so harmlose, wie z. B. der des Herrn Seingueriet über „Schulze-Deilich und die Volksbanken in Deutschland“ sich befinden.“

Auch das noch muß dem Flachlopf passieren, daß man ihn — nachdem er vor mehr als 20 Jahren aus Sachsen ausgewiesen worden — in Frankreich verbietet, dessen Vastat allein er seine paar Schlagwörter entlehnt hat.

„Verschnappt.“ Die „Concordia“ hat sich wiederholt entzündet dagegen verwahrt, daß sie im „Volksstaat“ als „Organ des Fabrikantenbundes“, „Fabrikantenblatt“ u. dergl. bezeichnet wird. Ihre Aufgabe sei im Gegentheil — behauptete sie — die berechtigten Interessen der Arbeiter bei den Arbeitgebern zu vertreten. Nichtsdestoweniger wird sie in ihrer letzten Nummer (43), Seite 342, Spalte 2, Zeile 27 von ihrem Hauptmitarbeiter „S. vom Mittelrhein“ als „Arbeitgeber-Organ“ bezeichnet. —

Der 21. September 1792.

Dieser ewig denkwürdige Tag, an welchem der französische Nationalkonvent (gleich nach seinem Zusammentritt) formell die Abschaffung des Königthums erklärte, ist bekanntlich bei seiner jüngsten, achtzigsten Wiederkehr durch Bankette zu feiern, von der sog. „republikanischen“ Regierung verboten worden. Der „Corsaire“ veröffentlichte daher — um das Andenken an das große Ereigniß trotzdem im Gedächtniß der Gegenwart zu erhalten — den Sigungsbereich jenes ersten Konventstages und den Bericht der der Konventssitzung vorangehenden Schlusssitzung des Gesetzgebenden Körpers nach der „Gazette de France“ vom 22. September 1792, welche beiden Sigungsbereichen wir des historischen Interesses wegen hiermit unsern Lesern in wörtlicher Uebersetzung unterbreiten.

Gesetzgebender Körper.

Die Nationalversammlung versammelte sich am 21. Septbr. um 9 Uhr früh, unter dem Vorsitz von Gambon.

Franz von Neuschâteau ergreift das Wort: „Wir werden“ — sagt er — „bald benachrichtigt werden von der Konstituierung des Nationalkonvents; ich beantrage, daß wir, wenn unser Protokoll geschlossen ist, uns nach dem Tuilerienaal, wo der Konvent tagt, begeben und ihm heute als Garde dienen.“

Die Versammlung nimmt den Vorschlag einstimmig an.

Einige Augenblicke darauf zeigt der Präsident an, daß 12 Kommissäre Einlaß begehren, um die Versammlung zu benachrichtigen, daß der Nationalkonvent konstituiert ist.

Die 12 Kommissäre treten ein; der Saal hallt von Applausbegeugungen wider.

Gregor von Vlois: „Bürger! der Nationalkonvent ist konstituiert. Wir kommen in seinem Auftrage, um anzuzeigen, daß er sich hierher begeben wird, um seine Sitzungen zu beginnen.“ (Verstärkter Beifall.)

Präsident: „Der Enthusiasmus, welchen Ihre Gegenwart erzeugt, ist Ihnen eine Bürgschaft dafür, mit welcher Ungebuld die Nationalversammlung Sie erwartet; sie wird sich zum Konvent begeben, um ihn ihrer tiefen Achtung und ihrer Unterwerfung unter seine Beschlüsse zu versichern.“

Der gesetzgebende Körper erklärt seine Sitzungen für beendet; er zieht sich vollständig zurück und verfügt sich zum Nationalkonvent. — Es ist Mittag.

Die zweite französische Nationalversammlung hat ihre Arbeiten mit einem Dekret beendet, welches erklärt, daß der Kommandant von Thionville (Helix Wimpfen), die Garnison und drei Husaren, welche mitten durch die feindlichen Säbel, Bajonnette und Gewehrschwänze in den Plaz eingedrungen sind, „ihre Pflicht wacker erfüllt haben“. So belohnt bei einer freien Nation das Vaterland seine Kinder; es sagt ihnen: „Ihr habt wohlgethan!“, und diese einzige Beifallsbezeugung steht über allen Belohnungen.

Nationalkonvent. Vorsitzender: Herr Pétion.

Sitzung vom Freitag, den 21. September, 12^{1/2} Uhr Mittags.

Die Bürger, welche den Gesetzgebenden Körper bildeten, kommen in den Saal des Tuilerienpalastes, wo der Konvent tagt (Beifallsstürmen).

Franz von Neuschâteau ergreift das Wort: „Vertreter der Nation! Der Gesetzgebende Körper hat seine Funktionen beendet und beillt sich zunächst, dem ganzen Reiche das Beispiel der Unterwerfung unter die Gesetze, die Sie erlassen werden, zu geben. Er schließt sich glücklich, in Ihre Hände die Bügel der Regierung niederzulegen zu haben. Er hat beschlossen, daß sein erster einfacher Wir-

gerakt der sein soll, dem Nationalkonvent als Garde zu dienen und ihm seine ehrfurchtsvolle Achtung zu entbieten, um allen Franzosen das Beispiel zu geben, sich vor der Majestät des Volkes, das Sie vertreten, zu beugen. Wir schätzen uns glücklich, daß auf unsern Ruf alle Urversammlungen des Reichs der von uns an sie ergangenen Einladung gefolgt sind; sie haben, indem sie Sie ernannten, die außerordentlichen Maßregeln, welche das Wohl von 24 Millionen gegenüber der Niedertracht eines Einzigen erbeischte, gebilligt. Die Zerplitterungsgründe müssen schwinden. Die ganze Nation ist vertreten; Sie werden eine Verfassung errichten auf den Grundlagen der Freiheit und Gleichheit. Das Ziel Ihrer Anstrengungen wird sein, den Franzosen die Freiheit, die Gesetze, den Frieden zu geben: die Freiheit — ohne welche die Franzosen nicht leben können; die Gesetze — die sicherste Grundveste der Freiheit; den Frieden — das einzig-alleinige Ziel des Krieges. Die Freiheit, die Gesetze, der Frieden — diese drei Worte hatten die Griechen am Siebelsdach des Tempels zu Delphi angebracht; Sie werden sie über den ganzen Boden Frankreichs schreiben. Sie werden überhaupt zwischen allen Parteien des Reichs die Einheit der Regierung aufrechterhalten, deren Mittel- und Bindepunkt Sie sind, und die Segenswünsche Ihrer Mitbürger erwidern.“ (Beifall.)

Der Nationalkonvent verläßt den Saal des Tuilerienpalastes und verfügt sich nach dem Ort, wo der Gesetzgebende Körper seine Sitzungen hielt; bei seiner Ankunft klatschen die Zuschauer wiederholt Beifall.

Pétion nimmt den Präsidentenstuhl ein; die Herren Condorcet, Rabaud-Saint-Etienne, Berguianb, Camus und Lafource bilden das Secretariat. — Lecamus liest das Protokoll vor über die geschäftlichen Vornahmen bei der Konstituierung des Konvents; dieser Theil der Sitzung, der der Prüfung der Mandate gewidmet war, läßt sich in folgendem Dekret zusammenfassen:

„Die durch das französische Volk zur Bildung des Nationalkonvents ernannten Bürger, in Zahl von 371 versammelt, erklären, nachdem sie ihre Mandate geprüft, den Nationalkonvent für konstituiert.“ — Es hat nun das Wort

Manuel: „Vertreter des souveränen Volkes! Die Aufgabe, mit der Sie betraut sind, erfordert fast die Weisheit und die Macht von Göttern. Als Cincas in den römischen Senat eintrat, glaubte er, eine Versammlung von Königen zu sehen. Ein ähnlicher Vergleich würde für Sie eine Beleidigung sein. Hier muß man eine Versammlung von Philosophen erblicken, damit beschäftigt, das Glück der Welt vorzubereiten. Ich beantrage, daß der Präsident von Frankreich im Nationalpalais einlogirt werde, daß die Attribute des Gesetzes und der Gewalt ihn bekleiden und daß immer, wenn er die Sitzung eröffnet, die Bürger sich erheben; diese der Souveränität des Volkes gewidmete Ehrenbezeugung wird uns immer an unsere Rechte und unsere Pflichten erinnern.“

Mathieu: Ich beweise, daß die von Herrn Manuel vorgeschlagene Berathung den ersten Rang in der Reihe unserer Arbeiten erlangen darf. Unsere Vorgänger haben viel Zeit damit vertriebt, den Umfang des Sessels des weiland Königs zu bestimmen. Wir wollen keinen ähnlichen Fehler begehen. Ohne uns also jenem Vorschlag entziehen oder seinen Aufschub auf einen fernern Zeitpunkt verlangen zu wollen, glaube ich doch, daß der Nationalkonvent, vor dem alle Gewalten verschwinden, die ersten Augenblicke seiner politischen Existenz kennzeichnen muß, 1) durch die Erklärung, daß alle Gewalten abgesetzt sind und 2) durch eine ihnen dann mit lähner Hand verliehene provisorische Existenz.“

Chabot: „Volkvertreter! Ich bekämpfe alle durch die Bürger Manuel und Mathieu gemachten Vorschläge. Ich bin erstann, daß der Bürger Manuel, nachdem er jede Idee eines Vergleichs mit den Königen von sich gewiesen, vorgeschlagen hat, eins Ihrer Mitglieder auf königliche Stufen zu stellen. Die französische Nation hat, indem sie 200 Mitglieder des Gesetzgebenden Körpers, von denen jedes den Schwur gethan, die Könige und das Königthum zu bekämpfen, in den Konvent geschickt hat, sich ziemlich deutlich über ihren Willen, eine Volksgesetzgebung zu errichten, erklärt. Sie will nicht bloß den Namen „König“ abschaffen, sondern Alles, was nach Vorrang riecht. Es wird also keinen Präsident von Frankreich geben. Sie werden keine andere Würde suchen können, als: sich unter die Sanculotten zu mischen, welche die Majorität der Nation bilden. Nur indem Sie sich Ihren Mitbürgern gleichstellen, werden Sie die Würde erlangen, die nöthig ist, um Ihren Beschlüssen Achtung zu verschaffen.“

Nach einer kurzen Erwidrerung Manuel's, der seinen Antrag aufrecht erhält, nimmt das Wort

Tallien: „Nicht ohne Erstaunen höre ich, daß man sich hier über ein Ceremoniell streitet. Es kann meines Erachtens darüber gar nicht diskutiert werden, ob der Präsident des Konvents außerhalb seiner Funktionen eine besondere Bedeutung haben soll: außerhalb dieses Saals ist er einfacher Bürger. Wenn man ihn sprechen will, mag man ihn im dritten, im fünften Stock suchen; da wohnt die Tugend. Ich verlange die Unterstüßungsfrage über den Antrag des Bürger Manuel; er ist Volkvertreter unwürdig und dürfte nie wieder vorgebracht werden.“

Die Versammlung verwirft einstimmig den Antrag des Bürger Manuel. — Nach einer langen, durch Tallien hervorgerufenen Diskussion, welcher verlangte, daß der Konvent bündig den Eid leiste, dem Volke eine auf den Grundlagen der Freiheit und Gleichheit gebaute Regierung zu geben, lehnt die Versammlung jede Art von Eid ab und nimmt einstimmig folgende Resolutionen an:

„Die Nationalversammlung erklärt, daß nur diejenige Verfassung gültig ist, welche vom Volke angenommen worden ist.“

„Der Nationalkonvent erklärt, daß die Sicherheit der Personen und des Eigenthums unter dem Schutze der Nation ist.“

Manuel: „Sie haben so eben die Souveränität des Volkes für unverletzlich erklärt. Man muß aber das Volk von einem Rivalen befreien. Die erste Frage, an die Sie herantreten müssen, ist die des Königthums, weil es unmöglich ist, daß Sie eine Verfassung zu berathen angeht eines Königs beginnen. Im Interesse der Ruhe des Volkes beantrage ich, daß die Frage des Königthums den ersten Gegenstand Ihrer Arbeiten bilde.“

Philippeaux und Camus schlagen der Versammlung folgende 2 (nacher angenommen) Resolutionen vor:

„Der Nationalkonvent erklärt, daß alle nicht abgeschafften Gesetze, alle nicht abgerufenen oder suspendirten Gewalten weiter bestehen.“

„Der Nationalkonvent erklärt, daß die gegenwärtig bestehenden Steuern wie früher eingezogen werden sollen.“

Collot d'Herbois: „Sie haben soeben einen weisen Beschluß gefaßt; aber es gibt einen, den Sie nicht auf morgen verschieben, den Sie auch nicht auf heute Abend verschieben können, ohne dem Wunsch der Nation untreu zu sein: das ist die Abschaffung des Königthums.“ (Auseitiger Beifall.)

Quinette: „Nicht wir sind Richter über das Königthum, sondern das Volk. Wir haben nur die Aufgabe, eine positive Regierung zu errichten, und das Volk wird dann wählen zwischen der alten — in der sich ein Königthum befand — und der, wie wir

ihm darbieten. Was mich, als Vertreter des französischen Volkes anbetrifft, so denke ich weder an einen König, noch an ein Königthum; ich beschäftige mich lediglich mit meiner Aufgabe, ohne zu denken, daß eine ähnliche Institution jemals hätte existiren können. Ich meine also, daß es unnütz ist, sich in diesem Augenblick mit dem Antrag zu beschäftigen.“

Grégoire: „Sicherlich wird Keiner von uns jemals beantragen, in Frankreich das traurige Geschlecht der Könige (la race funeste des rois) weiter bestehen zu lassen. Wir wissen sehr gut, daß die Dynastien allezeit nur wilde Racen waren, die bloß von Menschenfleisch lebten. Aber man muß die Freunde der Freiheit vollständig sicher stellen; man muß jenen Talisman, dessen magische Kraft noch viele Menschen stutzig zu machen geeignet ist, zerstören. Ich beantrage also, daß Sie in Form Rechtsens durch ein Gesetz die Abschaffung des Königthums erklären.“

Die ganze Versammlung erhebt sich aus eigener Anregung und erklärt durch Acclamation den Antrag Grégoire's zum Beschluß.

Bazire: „Ich beantrage: Tagesordnung. — Die Versammlung hat soeben durch die Einhelligkeit ihrer Acclamation ihrem tiefen Haß gegen die Könige Ausdruck gegeben. Man kann dieses Gefühl, welches so übereinstimmend ist mit dem des ganzen französischen Volkes, nur freudig begrüßen, aber es würde für das Volk abschreckend sein, zu sehen, daß eine Versammlung, die mit seinen theuersten Interessen betraut ist, in einem Moment des Enthusiasmus berathet. Ich beantrage, daß die Tagesordnungsfrage diskutiert werde.“

Grégoire: „Wozu diskutieren, wenn alle Welt einstimmig ist? Die K... sind in der moralischen Welt das, was die Ungeheuer in der physischen. Die Höfe sind die Werkstätten der Verbreden und die Höhlen der Tyrannen. Die Geschichte der Könige ist die Leidensgeschichte der Nationen. Da wir alle von dieser Wahrheit gleich durchdrungen sind, — ist es da noch nöthig, zu diskutieren? Ich wünsche, daß mein Antrag zur Abstimmung gebracht werde, — unbeschadet einer nachträglichen Bersehung desselben mit der Wichtigkeit dieses Beschlusses würdigen Erwägungsgründen.“

Ducos: „Die Erwägungsgründe zu Ihrem Beschlusse sind die Geschichte der Verbreden Ludwig XVI., — eine vom französischen Volke schon gut gekannte Geschichte; ich beantrage also, daß die Erwägungsgründe in den einfachsten Ausdrücken abgefaßt werden; nach dem Licht, welches der 10. August (Tuileriensturm) verbreitet hat, bedürfen jene keiner Erklärung.“

Die Diskussion ist geschlossen. Tiefes Schweigen herrscht. Der Grégoire'sche Antrag wird zur Abstimmung gebracht und mit dem Losen des lebhaftesten Applauses angenommen:

„Der Nationalkonvent erklärt, daß das Königthum in Frankreich abgeschafft ist.“

Die Freundsbezeugungen, Rufe: „Es lebe die Nation“, von allen Zuschauern wiederholt, dauern einige Zeit.

Die Sitzung wird um 4 Uhr geschlossen.

Gewerksgenossenschaftliches.

Internationale Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.

Arbeiter! Wir möchten fast sagen, einem glücklichen Zufalle, einer wohlwollenden sächsischen Polizei haben wir es zu verdanken, daß der Kongreß der Internationalen Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter hier selbst am

9., 10. und 11. November d. J.

stattfinden wird. Wir rufen Euch Webern und Tuchmachern, Fabrik- und Handarbeitern, die Ihr den Kongreß besuchen werdet, ein herzlich willkommen zu. Tretet überall zusammen und wählt Delegationen, laßt allen Parteibader und Haß bei Seite, denkt nur der großen Sache der Verbesserung unserer Verhältnisse; tretet ein in den Niesenkampf, denn klar und deutlich ist es uns bewußt, daß noch Hunderte und Tausende von uns zu Grunde gehen müssen, ehe die Sonne der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit am Firmamente erscheint. — Brüder! Legt nicht die Hände feig in den Schooß, etwa weil Ihr heute noch Euer kümmerliches Auskommen habt. Ihr habt größere Aufgaben! Gedent Eurer Kinder, damit dieselben vereint uns nicht noch im Grabe verurtheilen, weil wir nicht mitgeholfen, wo es noch Zeit war. Es gilt, die Organisation, in welcher allein unsere Kraft beruht, zu befestigen und zu stärken! Ihr alle, die Ihr in dumpfen Werkstätten, mit Baumwollenspänen geschwängerten Fabrikräumen nach frischer Luft schnappt; Ihr Weber, die Ihr mit Weib und Kind keine feste Arbeitzeit mehr kennt, sondern vom Stuhl auf die harte Lagerstätte fällt, um nach kurzer Ruhe wieder an den Karren zu gehen; Ihr alle, die Ihr in dumpfen Höhlen mit drei oder vier Familien zusammenhaust, überlastet Euch nicht der düstern Verzweiflung. Die Welt schreit: „Selbsthilfe“ — gut! so wollen wir uns selbst helfen. Laßt uns eine Organisation, eine Vereinigung schaffen, die wie Eisen zusammenschmiebet ist. — Darum vorwärts!

Hof, im Oktober 1872.

Das Komitee.

Congreß-Programm.

Sonnabend, den 9. November: Empfang der Delegirten am Bahnhof durch an rothen Schleifen kenntliche Komiteemitglieder bis Abends 6 Uhr. Ueberführung derselben nach Laubmannsgarten. Quartieranweisung. (Diejenigen, welche zu Fuß oder zu Wagen kommen, haben sich im Congreß-Palast: Laubmannsgarten, Bayreutherstraße) zu melden. — Abends 8 Uhr: Vorversammlung. Begrüßung der Delegirten durch ein Komitee-Mitglied. Ansprache Motteler's. Prüfung der Mandate. Gesellige Unterhaltung mit humoristischen Vorträgen.

Sonntag, den 10. November, Vorm. 8—12 Uhr: Oeffentliche Sitzung des Congresses. Rechenschaftsbericht. Anträge etc. — Nachm. 6 Uhr: Große Arbeiterversammlung. Vortrag von J. Motteler.

Montag, den 11. November: Geschlossene Sitzung. Abends 7 Uhr: Schluß des Congresses. Gesellige Unterhaltung mit Vorträgen. NB. Alle Briefe und Zuschriften sind zu richten an den Schriftseher Hrn. C. Lienig in Hof.

Internationale Metallarbeiterschaft.

Die Kontrollkommission hat die Abrechnung gewissenhaft geprüft und ertheilt dem Ausschuß für die bisherige Leitung der Geschäfte Dedache.

Berlin, 16. Oktober 1872.

Mit sozialdemokratischem Gruß

die Kontrollkommission.

J. A.: Der korrespondirende Sekretär.

Gewerksgenossen! Wir stehen im Kampf für die größte Idee

unserer Zeit, für die Befreiung der Arbeit von der Herrschaft des Kapitals. Ueberall fühlen die Arbeiter den Druck des Kapitals, und führen, zum Theil sehr mangelhaft, ja oft gar nicht organisiert, den Kampf gegen diesen Druck. Die Einen glauben sogar noch, denselben durch erhöhte Konsumtion (Sparvereine, Konsumvereine u.), Andere durch die Erhöhung der Löhne beseitigen zu können. Wohl können diese kleinlichen Mittel auf kurze Zeit den Druck abschwächen, aber beseitigt kann er nur werden, mit der Ursache, aus welcher er entspringt, und das ist die heutige kapitalistische Produktionsweise mit der Lohnarbeit. Diese wird selbst durch hunderte von Strikes nicht aus der Welt geschafft werden, und nur da halten wir Strikes für berechtigt, wo der Arbeitslohn unter das Niveau des nothwendigsten Lebensunterhalts gesunken, und die Arbeitszeit eine über Gebühr lange ist; auch werden in solchen Fällen Strikes in der Regel siegreich für Arbeiter enden, und wird es Letzteren dadurch ermöglicht, für unsere große Idee einzutreten. Dies muß der hauptsächlichste Zweck unserer Gewerkschaften sein. Wir wollen, daß dem Arbeiter der volle Artrag seiner Arbeit werde.

Die herrschenden Klassen, obwohl zusammen geringer an Zahl als die Arbeiterklasse, konsumieren von den Erzeugnissen der Arbeit bei Weitem mehr als diese selbst, und werden doch täglich reicher, ohne zu arbeiten. So mancher Arbeiter, der von seiner frühesten Jugend an, früh und spät gearbeitet, wenn er nach kurzem freudlosem Leben auf ärmlichem Lager dem Tod entgegensteht, kann wohl mit recht sagen, daß er wol vier- bis fünfmal mehr an Werthen hervorgebracht hat als verbraucht. Aber wo ist der Mehrerwerth geblieben? —

Die herrschenden Klassen liegen auch in stetem Streit unter sich, und jede derselben sucht durch ihre Presse die Arbeiter für sich zu gewinnen, obwohl dieser hässliche Streit in Wirklichkeit sich nur um die Alleinherrschaft selbst dreht. Dabei legt man ein besonderes Augenmerk auf die Erziehung der heranwachsenden Generation in der Schule, und sucht durch systematische Verdummung die natürlichen Anlagen zu ersticken, um sich auf ewige Zeiten eine unterwürfige Masse zur Ausnutzung zu schaffen.

Das haben die Arbeiter aller Nationen unter jeder Staatsform begriffen und darum können wir nur mit entscheidendem Erfolg den Kampf gegen diese Klasse aufnehmen, wenn wir in sozialer wie politischer Beziehung international organisiert sind.

Es muß daher bei unserer politischen Agitation besonders darauf gesehen werden, daß die Arbeiterklasse Einfluß auf die Erziehung der Kinder in der Schule gewinnt.

Nur einer geistig und körperlich gesunden künftigen Generation wird es vorbehalten sein, nach Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise die genossenschaftliche Arbeit zu kultivieren und so die Arbeit zum herrschenden Prinzip der gesamten Gesellschaft zu erheben; dann wird nicht mehr wie, heut die Maschine ein Fluch für den Arbeiter, sondern ein Segen für alle Menschen sein.

In diesem Sinne bitten wir Euch, Mitglieder aller Orten, wo Euch immer Gelegenheit geboten wird, zu kämpfen.

Berlin. J. A. G. Rärger.

Correspondenzen.

Leipzig. (Aufruf an alle Buchbinder und verwandten Berufsgenossen Deutschlands, Deutsch-Deutsches und der Schweiz!) Kollegen! Berufsgenossen! Drei Jahre sind es her, daß sich die Arbeiter unserer Branche aufroffen, um sich zu emancipieren, d. h. zuerst den Druck der ökonomischen Verhältnisse, sowie der Kapitalmacht zu mildern. Die Vereinigung, welche man damals geschaffte, sie verschwand leider so schnell wie sie gekommen. Mit stiller Resignation mußte Mancher das Absterben sehen, wofür er Opfer gebracht. Doch wir wollen hier nicht die Funktion eines Untersuchungsrichters übernehmen, denn ein Moment genügt uns, und weil dieses Moment noch in aller Gedächtnis, muß es auch alles Frühere entschuldigen. Die Erkenntnis unserer Klassenlage war noch in zu wenig Köpfe gebrungen, das Bewußtsein der Solidarität der Interessen aller Arbeiter hatte noch zu wenig Wurzel geschlagen, — die Bewegung hatte noch keine Basis, auf der weiter gebaut werden konnte. Aber, was man damals mit aller Anstrengung nicht zu schaffen im Stande war, das haben Zeit und Verhältnisse heute bereits geschaffen. Eine Basis, auf der man weiter schaffen kann, ist vorhanden.

Es ist seit einiger Zeit von verschiedenen Orten Zeugnis von der mißlichen Lage der Buchbinder u. s. w. in diesem Blatt abgelegt worden. Es dürfte auch eine allbekannte Thatsache sein, daß seit zwei Jahren nicht nur jeder Lebensunterhalt, Miethzins u. s. w. sehr im Preise gestiegen, auch alle Rohmaterialien — wie natürlich — stiegen in demselben Maße. Die Preise ließen sich der großen Konkurrenz wegen nicht in dem Maße erhöhen, weshalb die Arbeitgeber zu dem Mittel der Herabdrückung der ohnehin niedrigen Arbeitslöhne griffen; der Arbeiter sollte also seine Arbeitskraft billiger verkaufen, als er im Lebensunterhalt dafür bezahlen muß. Eine Vereinigung der Arbeitgeber wollte diesen erhöhten Druck auf den Arbeiter zur Ausführung bringen. Dies war aber auch das Signal zur Vereinigung für die Arbeiter der Buchbinderbranche Leipzigs. Ein halbes Jahr redlicher Arbeit in unserm Verein hat diesem Vorhaben der Arbeitgeber ein entschiedenes „Halt“ geboten. Kleine Verbesserungen, welche allerdings der Nothwendigkeit leinestwegs entsprechen, haben stattgefunden. Ein halbes Jahr hat genügt, uns klar zu machen, daß eine lokale Organisation nicht ausreicht, Arbeitgebern, die dem Arbeiter als Klasse, d. h. organisiert gegenüber stehen, mit Erfolg die Spitze zu bieten. Das haben bereits mehrere Städte, wo sich die Kollegen vereinigt, gefühlt. Nun, das Damokles-Schwert, welches über uns zu hängen scheint, es wird sofort beseitigt, wenn wir uns damit beschäftigen, die Einzelorganisationen durch ein festes Band zu verbinden. Wie wird dies aber zu bewerkstelligen sein, ohne nicht immer wieder die alten Erfahrungen zu machen? Schwer ist es nicht, das Richtige zu finden. Nur Eines muß sich voraus schicken: lassen wir ab von den kleinlichen Nörgeleien, beseitigen wir die übermäßige Eigenliebe und jede politische Parteireiterei, dann wird es uns auch gelingen, eine tüchtige Organisation, d. h. eine über ganz Deutschland sich erstreckende Gewerkschaft zu schaffen. Die Einzelorganisationen bedürfen einer Zentralleitung, aber sie müssen doch möglichst freien Spielraum behalten, und doch, wenn es möglich, alle Kräfte und Mittel auf einen Punkt konzentrieren können. Wollen wir, wollen die verschiedenen Orte die Hand zu einer solchen Organisation bieten, so schlage ich vor, das Statut des Buchdruckerverbandes in allen Orten so schnell wie möglich zu prüfen, und wenn die Kollegen sich mit dessen Grundzügen einverstanden erklären, einen Ort vorzuschlagen, wohin man nächstes Jahr, vielleicht zu Ostern einen Kongress beruft, auf welchem eine Verbindung unserer zerstreuten Kollegen herbeigeführt werden kann.

Beräumen wir aber auch nicht, bis dahin die Lokalvereine zu

kräftigen, und solche in allen Orten zu gründen. Zu diesem Zwecke bitte ich alle Mitglieder des Buchdruckerverbandes unsern Kollegen hilfreiche Hand zu leisten. Sind erst die Buchbinder einmal fest organisiert, dann kann auch vereintes Wirken nur eine Frage der Zeit sein, unsere Kräfte können dann verdoppelt werden. Also, auf Kollegen! Organisiert Euch in allen Orten auf lokaler Grundlage, wir wollen Euch in jeder Beziehung unterstützen!

Alle Vereine, welche bisher mit uns noch nicht in Briefwechsel gestanden haben, bitte ich, dies zu thun. Auf diesem Wege können Meinungen ausgetauscht werden, welche später sehr zu statten kommen. Mit kollegialstem Gruß

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden gebeten, obigen Aufruf abzufragen.

Kirschberg i. S. Unsere Partei hat bei der Stadtverordnetenwahl glänzend gesiegt.

Gotha, 25. Oktober. Bei der vor einigen Tagen hier selbst abgehaltenen Kontrollversammlung wurden den Reservisten Bibeln mit dem Bemerkten angeboten, daß dieselben nirgends billiger zu haben seien. Wir haben nicht in Erfahrung bringen können, ob das Kommando ein Geschäft gemacht hat, da wir nun aber einmal in der Zeit des „Reichs der Gottesfürst und frommen Sitte“ leben, so sollte es uns nicht wundern, wenn künftig jeder Reservist zur Anschaffung einer Bibel angehalten wird.

Solingen. Eine Probe, wie der „Neue Sozialdemokrat“ den Beschlusses des Mainzer Kongresses auffaßt, und einen nicht mißzuverstehenden Kommentar zu dem auf diesen Beschluß bezüglichen Artikel des Herrn Hafenslewer, Präsidenten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins: „Ein ernstes Wort an die Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ finden wir in Nummer 124 des „Neuen Sozialdemokrat“, in dem es heißt: „Dieser insamen Persidie“, — nämlich behauptet zu haben, daß Herr Tölke wegen einer in Solingen gehaltenen Rede nicht in Untersuchungshaft kommen würde, und daß der überwachende Beamte, damit, daß er die Versammlung geschlossen, dem Herrn Hafenslewer einen großen Gefallen erwiesen habe, — haben sich einzelne Exemplare „internationalen“ Lumpengefindels schuldig gemacht, — „sozialdemokratische“ Bagabunden (wir bitten, nicht an Tölke und Konforten zu denken; es hiesse den Leuten zu viel Selbstverleugnung zutrauen, so etwas von sich selbst zu schreiben), die mit dem „rothen“ Bettelsack (man denke nicht an die „rothe Fahne“, die in den Leitartikeln des „Neuen“ eine große Rolle spielt) handwerkmäßig umherstrolchen, und, je nachdem hier oder dort die Beute eine lockende ist, bald an diese, bald an jene „Fraktions“-Thür klopfen und vampyrartig den Arbeitern das Herzblut ausaugen, wo sie sie finden. (Sollte man nicht glauben, der „Neue Sozialdemokrat“ meinte die Leute damit, die, nachdem sie die Grafen Hagfeld ausgebeutelt, heute im Allgemeinen deutschen Arbeiterverein das große Wort führen?) — Schon viel zu lange sind wir mit diesen erbärmlichen Wichten allzu glimpflich verfahren, die bereits seit Jahren durch selbstthätige Intriguen die Erfolge der Arbeiterbewegung in Deutschland gehemmt haben. — Es ist die höchste Zeit, daß mit Donnerkeulen auf die Schädel dieser Vampyrbrut herniedergefahren wird, bis sie wenigstens von deutschen Boden ganz und gar verschwinden ist. Weitere Schonung wäre vollendeter Verrath an der Arbeitersache und eine Infamie gegen das Andenken Lassalle's, welches von den Burken bis auf den heutigen Tag unablässig geschmäht und geschändet worden ist. (Wahrhaftig, uns aus der Seele gesprochen. Wir haben dem nichts hinzuzufügen, als daß dieser Satz erst jetzt, nachdem wir denselben ausgesprochen, an seine eigentliche Adresse gerichtet ist.)

Mehrere Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Solingen.

Mainz, 13. Okt. „Habt Erbarmen mit uns Armen“ war das Motto, das über dem Festzuge schwebte, den wir von der Vogelperspektive aus gestern durch unsere Hauptstraßen ziehen sahen. Es galt der Einweihung des Grabdenkmals des ehemaligen Festungs-Gouverneurs Prinz Vladimir von Holslein, königl. preussischer Generallieutenant u. c. Die liebenswürdige Persönlichkeit dessen, dessen von der Stadt Mainz gefertigten Grabdenkmal es galt, in vollstem Maße anerkennend, können wir, von unserm Standpunkte, dem der Vogelperspektive aus, dennoch nicht umhin, unsere Kritik loszulassen. Der Prinz war königl. preussischer Generallieutenant, Erzhüter der preussischen Militär-Disziplin, und die Erhaltung unserer Bierbäume in der neuen Anlage verankern wir nicht, wie man glaubt, der Liebenswürdigkeit des königl. preussischen Oberoffiziers, dessen Pflichten ihn vor allem zwingen, in Zeiten des Kriegs das Martialgesetz zu beobachten, sondern wir verdanken die Erhaltung des Restes unserer schönen städtischen Baum-Anlagen der Bereitwilligkeit der 6000 hiesigen Bürger, die sich bereit erklärten, die Bäume in der Stunde der Noth kurzweg zu beseitigen, damit Pulver und Blei ungehindert das letzte Wort sprechen könnten. Wie anders wäre es gewesen, wenn 2 Tage länger die Franzosen 1870 ihre Offensivbewegung von Saarbrücken aus fortgesetzt hätten? 10,000 Bürger von Mainz hätten aus Mittellosigkeit die Stadt verlassen müssen. Oder sagten nicht Ende Juli 1870 die angeschlagen gewesenen Palate diesen Martialgesetzartikel aus? Was war der ganze Festzug, wenn nicht die dazu Commandirten dabei waren? Dem Ganzen die Krone aufzusetzen, und uns allein schon zu dieser Kritik berechtigt, anderer Ansicht zu sein, als das ganze heutige offizielle Mainz in seiner nationalen Internationalität, das ist der Schluss der Geschichte. Das Beste kommt halters immer zuletzt! Der Repräsentant der Militärbehörde erwiderte die Grabrede unseres Bürgermeisters und schloß mit einem Hoch auf Gott, Kaiser und Vaterland, worauf die Musik einstimmt mit „Heil Dir im Siegeskranz, Herrscher des Vaterlands u. c.“ Und wieder sahen und hörten wir von unserer Vogelperspektive aus, die „Ultramontanen“, die „Wohldenker“, die „bürgerliche“ Demokratie von 1848 ein Grabmal setzen den „Verirrungen“ von 1848, die schleunigst gut gemacht werden müssen und demuthovoll. „Ach habt Erbarmen mit uns Armen,“ hörte ich wieder über dem Zuge jurist. Philisterstimmen flüstern, die gar gern nach dem glänzenden Nationalkrieg jetzt noch einen Internationalkrieg erbitten möchten, um des Wagens letzte Beschwerte zu heben.

Briefkasten: der Redaktion: K. in B.: Siehe Briefkasten der vor. Nr. — B. Sch. in Hannover und Götting: (Resolution) in nächster Nr. — L. in Gotha: Der betr. Artikel lag nicht bei. — J. S. in Köln: Brief vom 20. erh. An. beginnt in nächster Nr.

Der Expedition: Kämmerhedi in Gotha: Für Schriften 2 Hbr. — Fieh in Strambach i. S.: Für Schriften 3 Hbr. — Bedert in Stolberg: Für Annence 16 Gr., für Schriften 22 1/2 Gr. — Feih in Mühlhausen für Abonnement 4. Quartal 1 Hbr. 20 Gr. — Müller, Colp. für 4. Quartal 30 Hbr. — Stolberg Augsb. für Abonn. 3. Quartal 10 Hbr. 23 Gr. — Schneider in München: Brev. An. hat noch nichts bezahlt, bitte um energische Verfolgung. — Kettig in Stade: 25 Gr. für Schrift. — Klemmer in Kitzly: Für Schriften 1 Hbr. 21 Gr. erhalten. — Seber in Stuttgart: Für Schriften 3 Gr. 4 Pf. — Kald in Frankfurt: 17 Abonnenten; betr. der Filialexpedition wollen Sie bei Ihrer Stadtkörperschaft erkundigen, es ist überall anders.

furt: 17 Abonnenten; betr. der Filialexpedition wollen Sie bei Ihrer Stadtkörperschaft erkundigen, es ist überall anders.

Anzeigen u.

Cöln. Geschlossene Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Arbeitervereins am Dienstag, den 5. November, Abends halb 9 Uhr, im Lokale des Herrn Wisdorf, Thielbölgasse 102. Man bittet, zahlreich zu erscheinen. Vorsitzender: F. Bodde.

Frankfurt a. M. Die Parteigenossen versammeln sich jeden Samstag, Abends 9 Uhr im Gasthaus zur Stadt Kreuznach, Dominikanergasse Nr. 10. NB. Im Gastzimmer liegt der „Volksstaat“ aus.

Hamburg. Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Versammlung am Montag, Abends 8 Uhr in Eberhahn's Clublocal, Zeughausmarkt Nr. 31. Tagesordnung: Vortrag von Geib über die Geschichte und Entwicklung der sozialen Frage. Gäste haben Zutritt.

Leipzig. Gewerkschaft der Holzarbeiter. Mittwoch, den 6. November Ausschusssitzung bei Zeidler, Große Windmühlenstraße 7. Der Vorstand.

Leipzig. Fachverein der Kürschner und Rügenmacher Leipzigs und Umgegend. Montag, den 4. November d. J., Abends 8 Uhr bei Richter, Köppl. 9 Versammlung. Beschlusfassung über die nächste Abendunterhaltung. — Berathung wegen Veränderung der jetzigen Versammlungen. — Aufnahme neuer Mitglieder. Der Vorstand.

Leipzig. Die Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher. Montag, den 3. November, Abends 6 Uhr im Gasthaus „zum Schwanen“ eine

Offenbach a. M. Die Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher verbunden mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei hält Sonntag, den 3. November, Abends 6 Uhr im Gasthaus „zum Schwanen“ eine

Paris. Cafe-Brasserie-Duiffe Ch. Wust. 35 rue de l'Arbre Sec 35 nahe am Louvre. Dejeuners et Dinners à tout prix. Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit. „Volksstaat“, „Berliner Bund“ und französische Zeitungen liegen aus. Hier Zureisenden wird bereitwilligst jede erwünschte Auskunft erteilt. (m2b*)

Stuttgart. Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Jeden Mittwoch, Abends 8 Uhr: Versammlung im „Adelberger Hof“ (Eberhardstraße). Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich zu erscheinen und fleißig Gäste einzuführen. Der Vorstand.

Süddeutscher Arbeitertag. Sonntag, den 17. November 1872, Anfang morgens 9 Uhr, im Fränkischen Hof zu München, Dendlingerstraße. Tagesordnung:

1. Befestigung der Partei-Organisation.
2. Gründung eines ständigen Agitations-Comités für Süddeutschland.

Anträge auswärtiger Parteigenossen müssen bis zum 13. November schriftlich beim Unterzeichneten eingereicht werden. Sämmtliche Parteigenossen werden aufgefordert, den Arbeitertag zahlreich zu besichtigen. München, den 28. Oktober 1872. Franz Schneider, Brunnengasse 1/2.

Die Erlösung der darbenenden Menschheit, ein Rettungsweg in der sozialen Frage unserer Zeit, von Dr. A. G. Stamm, zweite vermehrte Auflage, ist soeben in Zürich erschienen und in allen Buchhandlungen für 1 Thlr. (3 fr. 75 cts.) zu haben. — Für alle Freunde der arbeitenden Classen ein wichtiges Werk zur Beachtung. — Gleichzeitig wird ausgegeben:

Sozialistisches Wahlprogramm. Separatdruck des Anhangs zur 2. Aufl. obigen Buches. Preis für 10 Expl. 10 Sgr. (1 fr.), für 100 Expl. 2 Thlr. (7 fr. 40 cts.)

Den Parteigenossen biete ich an:
B. Beder, der alte und der neue Jesuitismus. 2. Aufl. 20 Stück 2 Hbr., einzeln (Porto 8 Pf.) 4 Ngr.
B. Bracke jr., der Braunschweiger Ausschuss der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Pöden und vor dem Gericht, mit Gruppenbild. 6 Stück 2 Hbr., einzeln (Porto 9 Pf.) 12 1/2 Ngr.

Gruppenbild aus vorstehendem Werke, ausgezeichnet, 13 Portraits enthaltend. 13 Stück 1 Thlr., einzeln (Porto 1 Ngr.) 3 Ngr.
Gularenbrodprojekt gegen den Braunschweiger Volksfreund. 30 Stück 1 Thlr., einzeln (Porto 4 Pf.) 1 1/2 Ngr.

Antisykabus, Bericht. 100 Stück (Porto 3 Ngr.) 20 Ngr., einzeln 6 Pf. (Porto bis 12 Stück 4 Pf.).
Bericht des Londoner Generalrates an den Kongress der Internationalen Arbeiterassoziation in Haag. 100 Stück (Porto 3 Ngr.) 1 Thlr., einzeln 6 Pf. (Porto bis 8 Stück 4 Pf.).

Lassalle, Arbeiterlehre. 20 Stück 1 Thlr. 15 Ngr., einzeln (Porto 8 Pf.) 3 Ngr.
Lassalle, Erwiderung (neu). 30 Stück 1 Thlr., einzeln (Porto 4 Pf.) 1 1/2 Ngr.

Die sämmtlichen Sachen bedürfen keiner Empfehlung. Auch die übrigen sozialistischen Schriften halte ich auf Lager. Demnächst wird erscheinen:
Briefe deutscher Bettelpatrioten von Bernhard Beder.

Man wende sich an die Expedition des „Braunschweiger Volksfreund“, Neuestraße 23, oder an W. Bracke jr. Braunschweig. (m2b*)

Genossenschaftsbuchdruckerei. Antheilscheine bez. Anzahlungs-Drittungen erhalten in Leipzig: H. Km. 75 Thlr., Chr. Sch. 100 Thlr., J. G. Or. 10 Thlr., R. Gr. 10 Thlr., F. Tr. 10 Thlr., C. Gd. 5 Thlr., Hbf. 3 Thlr., G. Dd. 3 Thlr., W. Hf. 3 Thlr., J. Cr. 10 Thlr., F. We. 3 Thlr., A. M. 1 Thlr., B. Gt. 5 Thlr., C. E. St. 1 1/2 Thlr., R. G. Or. 1 Thlr., H. Gr. 10 Thlr., J. Pdt. 4 Thlr., D. Hd. 1 Thlr., C. Pf. 1 Thlr., A. Hf. 15 Thlr., A. M. Nr. 5 Thlr., G. Schg. 1 Thlr., W. R. 1 Thlr., B. R. 1 Thlr., F. Schg. 1 Thlr., C. Sch. 1 Thlr., D. R. 50 Thlr., S. Str. 20 Thlr.

Leipzig, 29. Oct. 1872. Chr. Hüblich, Cass.

Leipzig: Brantw. Redakteur A. Hüblich. (Redaktion und Expedition des „Volksfreund“.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei Hierzu Beilage.